

Psychologie ist alles

Politiker kennen sich in der Psychologie von Wählermassen zumeist gut aus. Wäre dies anders, bekämen sie keine Wählerstimmen. Finanzspekulanten kennen sich in der Psychologie der Teilnehmer an den Finanzmärkten gut aus. Wäre dies anders, wären sie schnell pleite.

Problematisch wird es, wenn Politiker glauben, Finanzmärkte beherrschen zu können. Finanzmarktteilnehmer reagieren anders als Wählermassen. Politiker erkennen das nicht; ihre Entscheidungen werden auf Dauer weder die eine, noch die andere Gruppe zufrieden stellen – im Gegenteil: Finanzmarktteilnehmer und Wählermassen werden die Politiker für ihre Fehlentscheidungen verantwortlich machen.

Die Rettungspolitiker sind gefangen in einer Zwickmühle. Beispiel Griechenland. Der Staat hat per Mai 2011 Gesamtschulden von 354 Mrd. Euro bei 2-stelligen Zinsen. Erhält das Land nicht bis zum 18. Juli 2011 einen neuen Kredit, erhält kein Lehrer, kein Polizist, kein Finanzbeamter, kein Müllfahrer usw. weiter Gehalt.

Die EU meint, die Griechen sollten öffentliche Institutionen privatisieren, ca. 50 Mrd. Euro sollten dabei einzunehmen sein. Griechenland könnte dann zwar eine Zeit lang wieder Lehrer, Polizisten usw. bezahlen, hätte aber immer noch 354 Mrd. Schulden.

Würde ein Teil des Privatisierungserlöses zur Schuldentilgung eingesetzt, wäre der Schuldenberg immer größer als ca. 340 Mrd. Euro. Bei einer 2-stelligen Zinsrate (aktuell verlangt der Markt 26 % Zinsen) gingen von den eingenommenen 50 Mrd. aus der Privatisierung mehr als 35 Mrd. an die Gläubiger. Der Rest würde für Gehälter und Pensionen des öffentlichen Dienstes nicht lange reichen. Und danach?

Die Europolitiker meinen, Griechenland habe nur ein Liquiditätsproblem und sei keinesfalls zahlungsunfähig? Wie lange will man diese Illusion eigentlich aufrecht halten?

2

Noch glauben die EU-Politiker man brauche den Griechen nur ein wenig Luft zu verschaffen, indem man einen weiteren Kredit gewährt, dann würde die Wirtschaft anspringen und die Schulden würden samt Zinsen zurück gezahlt. Das ist nicht nur ein völlig naiver Rechenfehler. Es zeugt vielmehr von der völligen Unkenntnis der Psychologie, nach der die Finanzmärkte funktionieren.

Mit Versprechungen lassen sich Wählermassen beeinflussen. Finanzmärkte müssen überzeugt sein, dass ihre Anlagen nicht nur einen Gewinn abwerfen, sondern dass sie ihr angelegtes Kapital auch zurück erhalten. Ist beides infrage gestellt, weil ein Land so hoch verschuldet ist, dass für die Schuldentilgung und für den Zinsendienst neue Kredite aufzunehmen sind, dann gleicht die Geldanlage in einem solchen Land dem Hazard.

Inzwischen ist sogar den Wählern in Deutschland, Finnland, den Niederlanden oder Österreich nicht mehr zu vermitteln, dass weitere Steuermilliarden nach Griechenland überwiesen werden sollten.

An den Finanzmärkten glaubt inzwischen auch niemand mehr, die Griechen könnten durch ein gewaltiges Sparprogramm ihre Schulden tilgen. Bei einer Schuldenhöhe von 354 Mrd. Euro, die jährlich um mehr als 50 Mrd. durch Zinsen steigt, lässt sich mit Optimismus und Versprechungen, andere Werkzeuge kennen Politiker nicht, kein Hund mehr hinter dem Ofen hervor locken. Für die Finanzmarktteilnehmer ist die Sache klar: Griechenland muss Umschulden, d.h. die Schulden werden durch Abwertung halbiert oder geviertelt. Damit rechnen die dortigen Akteure. Offen ist der Zeitpunkt.

Ein Aufschub ist nicht lange möglich.

Das Dilemma der Politiker: Sie müssen vor der Öffentlichkeit eingestehen, dass sie die Marktpsychologie falsch eingeschätzt und ihren Steuerzahlern einen Berg Schulden aufgebürdet haben. Dafür wird man sie zur Rechenschaft ziehen. Ein Teil der Politiker mag das schon realisiert haben, der andere Teil lebt noch in der Illusion, der Finanzmarkt lasse sich nach den Psychologie-Regeln der Politik manipulieren.

3

Inzwischen rumort es schon beim Bund der deutschen Steuerzahler – und das will bei dem staatstreuen Verein verdammt viel heißen. Der Verbandsvorsitzende Reiner Holznagel wirft der Kanzlerin vor, dass durch die Haftungsübernahmen der Bundesrepublik auf die dt. Steuerzahler eine verdammt hohe Belastung zukomme. „Die Bundesregierung brauche in der Europapolitik mehr Mut.“

Der hochkarätige kanadische Finanzanalyst u. Vermögensverwalter Marshall Auer meint, die Deutschen sollten nicht die Schuld bei den Griechen, Iren, Portugiesen oder Spaniern suchen. Sie haben zugelassen, dass die EZB das Dümme getan hat, was eine Zentralbank seit 1945 nur tun konnte. Sie hat ihre Tresore mit Staatsanleihen von Pleitestaaten vollgestopft und droht nun selbst pleite zu gehen. Ist das denkbar?

Die kommende Runde der Rettungsaktionen wird es deutlich machen. Gegenwärtig gibt es in Europa 3 Rettungspakete (für Griechenland, Portugal und Irland). Derzeit erpresst die griechische Regierung ihre EU-Partner mit der Drohung eines EURO-Austritts. Gibt die EU nach (wovon ausgegangen werden darf), dann werden Portugal und Irland auf die gleiche Weise neues Geld und Erleichterungen fordern. So kann sich das EURO-Karussell noch eine Weile drehen, doch einmal ist Schluss – weil sich die Politiker mal wieder in der Psychologie der Finanzmärkte verkalkulieren. Sobald die Verschuldung Deutschlands die Grenze erreicht, ab der die Marktteilnehmer das Vertrauen in die langfristige Zahlungsfähigkeit Deutschlands verlieren, steigen die Zinsen für die deutschen Staatsschulden (gegenwärtig bei 1,9 Billionen Euro) auf ein Niveau, bei dem das Steueraufkommen allein für den Zinsdienst draufgeht. Wer dann noch Staatsanleihen hält, ist selbst schuld.

Die alternative Bedrohung für den Verfall der Staatsanleihen liegt bei den Währungskursen. Schon jetzt liegen durch Niedrigzinsen und Kursverfall die Renditen für Staatsanleihen unterhalb der Inflationsraten.

4

Steigt die Inflation oder sinken die Renditen der Staatsanleihen weiter, werden diese Papiere zu reinen Vermögensvernichtungsanlagen. So oder so werden die Schuldscheine der Staaten demnächst zum Ramschpreis auf den Markt geworfen. Milliarden-Werte, die jetzt noch in den Büchern der Banken und Versicherungen stehen, werden sich in Luft auflösen.

Sparkonten, Alterssicherungen entpuppen sich als Seifenblasen. Ich denke, Frau Merkel und Herr Schäuble wissen was auf die Sparer zukommt und auf die Politiker zurückschlägt. Trotzdem gehen sie den Weg weiter – unter zunehmender Ausschaltung der Parlamente – wie schon im Entwurf für einen Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitäts-Mechanismus deutlich wird: Zum einen soll den führenden Mitarbeitern des ESM eine strafrechtliche Immunität zuerkannt werden (Artikel 30).

Der Einsatz von Steuergeld für Rettungsaktionen und Bailouts wie in den Fällen Griechenland, Irland und Portugal wird also noch leichter von der Hand gehen und jene, die das Geld ausgeben, werden von (demokratischer) Verantwortung freigestellt.

Auch die letztlich entscheidenden Fiskalpolitiker halten sich die Hintertür zum Ausgang offen: Finanzminister Wolfgang Schäuble: „Die Fachleute müssen uns sagen, was geht“ – was, wenn es schief geht, nichts anderes heißt als: „Die Fachleute haben uns falsch beraten“. Wollen die Politiker wirklich die Wahrheit hören?

Vergessen wir nicht, dass Fachleute, die ihnen widersprechen, nach kurzer Zeit aus dem Amt gedrängt werden oder das Handtuch werfen (siehe Bundesbankpräsident Axel Weber oder Bundespräsident Horst Köhler).

Die Psychologie der Politiker und der Finanzmarktentscheider findet leider keinen gemeinsamen Nenner. Eine Befreiung aus der Zwickmühle scheint unmöglich. Alles, was wir bedenken müssen, ist, dass sich die Fahrt noch eine Weile fortsetzen kann, doch irgendwann wird jemand den Euro verlassen. Sobald sich diese Tür öffnet, wird der Ansturm auf die Ausgänge zur Überraschung für jedermann.

© Wolfgang Arnold, 23.06.2011

Kontakt: postmaster@saarbruecker-homepage.de
www.saarbruecker-homepage.de